

Redner: Detlef Kunkel, 1. Bevollmächtigter IG Metall Braunschweig
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Wir dürfen nicht nachlassen, liebe Koll. und Koll., auf die Notwendigkeit eines VW Gesetzes hinzuweisen, wenn wir es ernst meinen mit der Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten.

Wir brauchen die qualifizierte Mitbestimmung in allen wichtigen wirtschaftlichen Angelegenheiten eines Betriebes oder Unternehmens, damit Eure Interessen nicht unter die Räder kommen.

Es ist unzumutbar in Angst leben zu müssen und täglich zu bangen ob die Firma morgen verkauft wird, der Arbeitsplatz gegebenenfalls übermorgen nicht mehr existiert, die Rate für das Auto, das Haus, die Schulbücher oder die Studiengebühren für die Kinder nicht mehr bezahlt werden können.

Und - Koll und Koll. - Mitbestimmung ist auch eine Frage der Demokratie, diese darf nicht am Werkstor enden.

Es geht heute auch darum, dass die Gemeinwohl-Orientierung, die im VW Gesetz ihren Niederschlag findet - erhalten bleibt.
Es ist doch nicht verwerflich, wenn wir uns dafür einsetzen!

Im Übrigen glaube ich, dass Porsche durch die Zusammenarbeit mit VW viele Vorteile erhält, die der Marke die Zukunft sichert. Und wenn Porsche sich aus dem VW Gesetz lösen will - belegt das ihre historische Ahnungslosigkeit:

Volkswagen ist aus Gewerkschaftsvermögen entstanden, dass von den Nazis beschlagnahmt wurde. Nach dem Krieg wurde VW unter Britischer Regierung betrieben, doch über seine Zukunft herrschte Unklarheit. Schließlich entschied man sich gegen eine Demontage und für eine Fortführung in deutscher Hand. Dabei war der Besatzungsmacht die besondere Herkunft des Unternehmens durchaus bewusst, und das Stammkapital wurde in Öffentlichen Besitz gegeben, damit ein demokratisch kontrollierter Industriebetrieb entsteht, der den Interessen des gesamten deutschen Volkes dient und in dem Arbeit und Kapital gleichberechtigt sein sollten.

Deswegen wurden dem Land Niedersachsen die Eigentumsrechte treuhändisch übertragen. Gewerkschaften und der Bund erhielten bewusst einen starken Einfluss. Dem war vorausgegangen, dass die Arbeitnehmervertretung bereits 1947 mit dem damaligen Treuhänder eine Vereinbarung über die betriebliche Mitbestimmung abgeschlossen hatte, dass nur mit ausdrücklicher Zustimmung des BR die Erweiterung, Einschränkung und Stilllegung des Betriebes oder die Aufgabe von Produktionszweigen erfolgen könne.

Vor dieser Weitsicht der damals Verantwortlichen kann man heute noch den Hut ziehen!

Ihr Handeln hat Euch und vielen tausend weiteren Beschäftigten in den Zulieferbetrieben, dem hiesigen Handwerk, dem Einzelhandel aber auch dem Öffentlichendienst - bis heute - Arbeitsplätze und Einkommen garantiert und gesichert.

Dieses Modell Volkswagen ist die Basis für die enorme Vitalität mit der das Unternehmen - auch in kritischen Situationen - immer wieder innovative Auswege auch aus Krisensituationen gefunden hat.

Redner: Detlef Kunkel, 1. Bevollmächtigter IG Metall Braunschweig
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Das ist gut für Braunschweig, das ist gut für WOB, das ist gut für die Region, das ist gut für Niedersachsen und die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit einem VW Gesetz und dessen Regelungen bei Standortverlagerungen hätten beispielsweise weder AEG Elektrolux in Nürnberg, Otis in Stadthagen, oder wie jüngst Nokia in Bochum dem Raubtierkapitalismus geopfert werden müssen.

VW ist ein Weltkonzern mit einer hervorragenden Marktstellung und einem herausragenden Potenzial für die Zukunft. Das Unternehmen hat sich nicht trotz, sondern wegen der Mitbestimmung entwickeln können.

Ich würde mir wünschen, dass wir Regelungen - wie sie das VW Gesetz vorsieht - auch in anderen Unternehmen hätten.

VW ist ein „normales“ Unternehmen. Seine Spitzenposition in der Welt unterstreicht doch gerade wie erfolgreich diese Form des Wirtschaftens ist. Ausdruck dieser Form ist, dass gute Renditen und nachhaltige Beschäftigung sich nicht widersprechen sondern gleichrangige Ziele sind. Auch das ist gut für die Menschen dieser Region.

Wir wissen das seit langem, zum Glück - haben auch weite Teile der politisch Handelnden dies eingesehen. Deswegen begrüßen wir das besondere Engagement unseres Ministerpräsidenten Christian Wulf und danken ihm für seinen Einsatz für das VW Gesetz. Gleiches gilt für die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries.

Wer die qualifizierte Mitbestimmung und das VW Gesetz in Frage stellt, der darf sich nicht wundern, wenn ihm der kalte Wind der Arbeitnehmer entgegen bläst.

Deshalb meine Botschaft an die Hauptversammlung die heute in Hamburg stattfindet:
„Volkswagen ist stark und erfolgreich wegen seiner besonderen Form der Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer, so soll es auch zukünftig bleiben!